

Anfragen zum Plenum in der 22. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit bereits jetzt Justizvollzugsbeamte Bahn, SPNV und ÖPNV zu ermäßigten Tarifen bzw. kostenlos im Freistaat nutzen können, unter welchen Voraussetzungen diese Möglichkeiten ausgeweitet bzw. geschaffen werden können und wie die Nutzung von Bahn, SPNV und ÖPNV für Polizeibeamte im Freistaat geregelt ist?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Fördersumme bisher insgesamt für das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft Digital bewilligt wurde (bitte Anzahl der Anträge und Bewilligungsquote mit angeben), wie sich diese Fördersumme auf die vier Teile des Bayerischen Sonderprogramms verteilt und wie oft der Digitalbonus Agrar insgesamt beantragt wurde (bitte Bewilligungsquote mit angeben)?

Inge Aures
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem in der Landtagsdebatte zum Haushaltsplan 2022 – Einzelplan 09 am 6. April 2022 der CSU-Abgeordnete Thorsten Schwab die Kürzung der Bayerischen Städtebauförderung um 60 Mio. Euro mit weniger Anträgen im Vorjahr seitens der Kommunen begründete und sich gemäß der Antwort der Staatsregierung auf meine jüngste Schriftliche Anfrage zur Städtebauförderung jedoch ein anderes Bild ergibt, demnach mit 348,3 Mio. Euro so viele Mittel beantragt worden sind wie noch nie, warum die Mittel für die Bayerische Städtebauförderung im Haushaltsplan 2022 massiv gekürzt wurden, obwohl 2021 so viele Mittel wie noch nie beantragt worden sind, und wie sie sich den argumentativen Widerspruch erklärt?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele der Antigen-Schnelltests, die im Rahmen der Eindämmung der Coronapandemie von der Staatsregierung an die Kindertageseinrichtungen für die regelmäßige Testung des Personals ausgegeben wurden, derzeit noch in den Einrichtungen vorrätig sind, aus welchen Gründen die verbliebenen Tests nicht weiterhin für die Testung des Personals im Verdachtsfall einer Infektion verwendet werden dürfen und welche Verwendung sie stattdessen für die verbliebenen Tests vorgesehen hat?

Franz Bergmüller
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, für wie viele vom Bund zugewiesenen ausländischen Personen sie ab 01.01.2022 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage zeitweise oder dauerhaft die Verantwortung übernommen hat (bitte für jeden Monat in von Gesetzes wegen anerkannte Flüchtlinge und sonstige Personen – z. B. nicht anerkannte Flüchtlinge – aufschlüsseln), welches die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten über den gesamten oben abgefragten Zeitraum sind (bitte hierbei auch die Zahl der Personen offenlegen, die mindestens zeitweise, z. B. wegen nicht vorhandenen Ausweisdokumenten, als staatenlos o. ä. gelten) und wie viele mehr der oben abgefragten Personen jeder der Landkreise Altötting, Berchtesgadener Land, Ebersberg, Erding, München-Land und Rosenheim-Land oder die darin umfassten Gemeinden sowie München-Stadt und Rosenheim-Stadt aufgenommen hat, als gemäß Verteilungsschlüssel hätten aufgenommen werden sollen/müssen?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem in den Medien über eine handschriftliche Liste mit „Prämienkunden“ bzw. „Schlüsselkunden“ von Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger berichtet wurde, die er offenbar selbst im April 2020 bei einem Besuch der für Corona-Beschaffungen zuständigen Unterstützungsgruppe in Geretsried überreicht haben soll und die an das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege weitergereicht wurde, mit welchen der darauf vermerkten Personen oder mit ihnen in Zusammenhang stehenden Firmen der Freistaat oder Unternehmen, an denen der Freistaat beteiligt ist, in Verhandlungen über Lieferungen und Geschäfte eingetreten sind oder Geschäfte abgeschlossen wurden (bitte unter Angabe aller Details, insbesondere Inhalt und Art von Angeboten und Lieferungen, bezahlte Preise, Datum und beteiligte Behörden bzw. Staatsministerien), welche der darauf vermerkten Personen Staatsminister Hubert Aiwanger persönlich kennt oder schon persönlich getroffen hat und welche der genannten Personen auf der Liste nach Kenntnis des Staatsministers Mitglieder der FREIEN WÄHLER sind?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum es bei der Busförderung des Freistaates keine verbindliche Förderrichtlinie wie beispielsweise bei der Bundesförderung für klimafreundliche Busse (siehe „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe von Bussen im Personenverkehr“), sondern nur „Eckpunkte zur Förderung von „Klimabussen“ im Rahmen der Busförderung im Freistaat Bayern“ gibt, nach welchem Prinzip die Mittel vergeben werden, wenn das Programm überzeichnet ist, bzw. wie eingehende Anträge priorisiert werden (bitte auch Stand in Sachen Branchenvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Verkehrsunternehmensverbänden, die die Mindestziele für die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge regeln soll, angeben)?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass die Regierungsfractionen von CSU und FREIE WÄHLER in der Landtagsdebatte zum Haushalt 2022 erstmal einräumten, dass das Ziel „Bayern barrierefrei 2023“, das sich die Staatsregierung 2013 selbst gesetzt hat, nicht zu erreichen sein wird, frage ich sie, wie viele Mittel jährlich für das Programm seit 2015 bereitgestellt wurden (bitte aufschlüsseln nach Jahren, Landes- und Bundshaushalt), wie viele Mittel sie jährlich für die Beratungsstelle für bauliche Barrierefreiheit bei der Bayerischen Architektenkammer zur Verfügung stellt und welche Maßnahmen sie nun ergreifen wird, um mit Blick auf eine barrierefreie Gesellschaft in Bayern endlich Fortschritte zu erzielen?

Dr. Anne Cyron
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass die Ständige Impfkommission (STIKO) letzte Woche ihre COVID-19-Impfempfehlung aktualisiert hat und nun auch gesunden Kindern im Alter von 5 bis 11 Jahren eine mRNA-Impfstoffdosis gegen COVID-19 empfiehlt, wie sie mit dieser Empfehlung in ihrer Impfkampagne umzugehen gedenkt, ob sie nach der Gruppe der 12- bis 17-jährigen Jugendlichen ab Herbst jetzt auch für die Gruppe der 5- bis 11-jährigen Kinder die Impfung gegen COVID-19 wieder als Zugang zu Freizeitaktivitäten voraussetzen wird und über welche Erkenntnisse bzw. Modellierungen sie verfügt, die die Wiedereinführung von Grundrechtseinschränkungen, vulgo Coronaschutzmaßnahmen genannt, ab Herbst rechtfertigen?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich der Flächenverbrauch in Schwaben in den vergangenen drei Jahren zusammensetzt (bitte aufgeschlüsselt nach Bereichen Wohnen, Verkehr, Gewerbe etc.), wie sich der Flächenverbrauch regional in Schwaben verteilt (bitte aufgeschlüsselt nach Landkreisen und kreisfreien Städten und Bereichen Wohnen, Verkehr, Gewerbe etc.) und welcher Stellenumfang auf Flächensparmanagerinnen bzw. Flächensparmanager in Schwaben entfällt?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge aus der Ukraine sich (Stichtag 01.06.2022) in Bayern befinden (bitte bei der Unterbringung nach Unterkunftsarten, private Unterbringung und Regierungsbezirken trennen sowie die gemeldeten Schülerzahlen in bayerischen Schulen angeben), ob es zutrifft, dass der Freistaat keine Flüchtlinge aus der Ukraine aufnimmt, weil die Aufnahmequote nach dem Königsteiner Schlüssel überschritten ist (wenn ja, bitte den Stichtag eines sog. Aufnahmestopps und die genaue Quote, die für sie als Maßstab dient, nennen) und welche aufenthaltsrechtliche Regelungen für Drittstaatsangehörige, die vor dem Krieg in der Ukraine geflohen sind, im Freistaat angewandt werden (bitte den Wortlaut aus dem IMS anfügen bzw. sollte es kein IMS geben, die Pläne bitte erläutern)?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund des am 12.05.2022 durchgeführten Probealarms für Sirenen und Warn-Apps und den dazu folgenden Äußerungen des Staatsministers des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann, welche Gemeinden in Bayern sich am bundesweiten Förderprogramm Sirenen beteiligt haben (bitte hierbei auch die Höhe der zur Verfügung gestellten Mittel angeben), welche Erkenntnisse sie infolge des am 12.05.2022 durchgeführten Probealarms erlangt hat und inwiefern sich der zusätzliche Bedarf für finanzielle Mittel in Höhe von 100 Mio. Euro zusammensetzt?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr hinsichtlich der Entstehung (Ursprung) und Verbreitung des sog. Affenpocken-Erregers vorliegen, wie viele Fälle bislang in Bayern gemeldet sind (bitte auch auf Zeit, Ort und Ursprung der Meldung eingehen) und welche Maßnahmen zur Eindämmung sie auf Landesebene plant?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich das Angebot und die Einsatzzahlen der Mobilen Reserven für die Regierungsbezirke Bayerns und die einzelnen Schulämter Mittelfrankens entsprechend der zentralen Stichtagserhebungen in diesem Schuljahr entwickelt haben (bitte Angebot bzw. einsatzfähige Lehrkräfte auch im Verhältnis zum Anteil an den bayernweit bereitgestellten ca. 2 550 Vollzeitkapazitäten darstellen und möglichst alle für die Einsatz- und Versorgungssituation relevanten Informationen aus den einzelnen Stichtagserhebungen zum jeweiligen Datum wiedergeben), wie sich seit Bereitstellung der entsprechenden Mittel aus dem Corona-Sonderfonds das Angebot, die Einstellungszahlen und die Budgetausschöpfung für Team- und Aushilfskräfte bayernweit und in den einzelnen Regierungsbezirken jeweils für die verschiedenen Schularten entwickelt haben und wann in den Schulämtern Mittelfrankens in diesem Schuljahr erstmals die Mobile Reserve komplett eingesetzt wurde bzw. ein Vertretungsbedarf nicht gedeckt werden konnte (bitte Datum für die einzelnen Schulämter benennen)?

Christian Flisek
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Anzahl der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern an den staatlichen bayerischen Hochschulen ist, wie hoch der Rückgang der Anzahl bzw. der Anteil der Studierenden aus Nicht-EU-Ländern in Bayern nach der Einführung von Studiengebühren für diese Studierendengruppe war und wie sie die Gefahr einschätzt, dass mit der Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländerinnen und -Ausländer besonders junge Menschen aus armen Ländern von einem Studium in Bayern abgehalten werden?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Arten und Mengen von insektenschädlichen Pestiziden im letzten Jahr im Landkreis Starnberg nachweislich in und um Naturschutzgebiete eingesetzt wurden, welche Auswirkungen auf Insekten – insbesondere auf Bienenvölker – dabei festgestellt wurden und wie viele Notfallgenehmigungen erteilt wurden (bitte Ort und jeweilige Mittel angeben)?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der im Haushaltsplan 2022 vorgesehenen „Überführung“ des Zentrums für Angewandte Energieforschung „in neue Trägerstrukturen“ frage ich die Staatsregierung, wie der Stand der „Überführung“ des Zentrums für Angewandte Energieforschung (ZAE) in Würzburg „in neue Trägerstrukturen“ ist (bitte unter Erläuterung der geplanten neuen Trägerstrukturen und des zeitlichen Ablaufs der Schritte), ob eine langfristige auskömmliche Finanzierung des Zentrums für Angewandte Energieforschung Würzburg gesichert ist (bitte unter Angabe des Finanzierungsplans für die nächsten Jahre) und bis wann mit dem Abschluss der „Überführung“ zu rechnen ist?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es aufgrund der aktuellen Entscheidungen zur Stärkung des Klimaschutzes in Bayern auch eine verstärkte Förderung des Schülerverkehrs im ÖPNV gibt, mit dem Rad und über den Ausbau von Fußgängerwegen, wenn ja, welche Förderprojekte in Planung bzw. im Projektierungsstand sind (bitte mit Angabe der Kosten (anteilig und in Prozent), die der Freistaat für die jeweiligen Projekte übernehmen wird) und ob darüber hinaus geplant ist, die Kostenübernahme der Schülerbeförderungskosten auch über die 10. Jahrgangsstufe hinaus zu ermöglichen?

Martin Hagen
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Schaden durch Cybertrading pro Jahr seit 2015 in Bayern entstanden ist, welchen Wirtschaftssektoren der Schaden jeweils zuzuordnen ist und welche Maßnahmen sie seit 2018 ergriffen hat, um den durch Cybertrading entstandenen Schaden zu verringern?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung im Hinblick auf die besondere Dringlichkeit der Realisierung des Erweiterungsgeländes Nord der Universitätsklinik Würzburg (mit Neubau der Kopfkliniken, Neubau Zentrum Frauen-Mutter-Kind und notwendigen Erschließungsmaßnahmen inklusive Neubau Heizkraftwerk), was sie tut, um das Gesamtprojekt und die Projektschritte unten der zugesagten größtmöglichen Zügigkeit zu realisieren, wann im entsprechenden Verfahren (bitte unter Angabe des genauen Verfahrens – Umlauf Staatsministerien, Kabinettsbefassung –) die Beauftragung des Staatlichen Bauamtes Würzburg für den maßgeblichen nächsten Umsetzungsschritt für die Erschließungsmaßnahmen erfolgt (inklusive Neubau Heizkraftwerk) und was die Gründe sind, aus denen dieser Umsetzungsschritt seitens der Staatsregierung bisher noch nicht freigegeben wurde?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wann der nächste Bericht zum Biotopverbund Bayern zu erwarten ist, wie Biotopverbundflächen definiert werden und bis wann der Biotopverbund kartographisch in das Fachinformationssystem Natur aufgenommen wird?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie der CO₂-Ausstoß der bayerischen Krankenhäuser, die eine Auszeichnung (als Green Hospital Plus oder als Best-Practice-Krankenhaus) im Rahmen der Green Hospital Plus Initiative erhalten haben, ist (bitte nach Krankenhäusern aufschlüsseln), wie sich der CO₂-Ausstoß dieser Kliniken seit Beginn der Initiative entwickelt hat und wie hoch die durchschnittliche CO₂-Einsparung im Vergleich zu Krankenhäusern ist, die nicht an der Green Hospital Plus Initiative teilnehmen?

Elmar Hayn
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Genehmigungen für Mülldeponien in den nächsten fünf Jahren auslaufen, für wie viele Deponien es bereits Anträge/Genehmigungsverfahren gibt (bitte jeweils ausweisen nach Bezirken und Deponieklassen für die Jahre 2022 bis 2026) und welches Verfahren vorgesehen ist, wenn „Anschlussgenehmigungen“ noch nicht vorliegen?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen seit dem Ausbruch des Ukrainekrieges mit der Folge von vielen Geflüchteten zur Sanierung der Wohnungen in der Studentenstadt ergriffen werden bzw. bereits wurden, bis wann sie mit einem Wiederbezug der renovierten Wohnungen rechnet und inwieweit die leer stehenden Wohnungen zur Zwischennutzung, z. B. für ukrainische Studierende, aktuell genutzt werden?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem in einer Pressemitteilung des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz vom 18. Mai 2022 mitgeteilt wurde, dass in der „Biodiversitätsberatung bereits rund 350 Maßnahmen im Natur- und Artenschutz initiiert und ein starkes Netzwerk aufgebaut“ wurden frage ich die Staatsregierung, welche rund 350 Maßnahmen von der Biodiversitätsberatung im Natur- und Artenschutz konkret initiiert wurden (bitte einzeln mit Bezeichnung und Ort der Maßnahme, Träger der Maßnahme und Zeitpunkt des Beginns der Maßnahme aufzählen), welche der Maßnahmen Bestandteil eines fachlichen Biotopverbundkonzeptes sind (bitte einzeln mit Bezeichnung und Ort der Maßnahme, Träger der Maßnahme und Zeitpunkt des Beginns der Maßnahme aufzählen) und wie viele fachliche Biotopverbundkonzepte die Biodiversitätsberaterinnen bzw. -berater bisher erfolgreich initiiert haben (bitte einzeln aufzählen)?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung vor dem Hintergrund, dass im Zuge der Generalausbauplanung des Klinikums am Europakanal in Erlangen ein moderneres Krankenhaus entstehen soll, es aber widersprüchliche Informationen zum Energiekonzept gibt, das angeblich auf dem fossilen Energieträger Erdgas beruhen soll, unabhängig davon jedoch bereits ein entsprechender Förderbescheid vom zuständigen Staatsministerium vorliegt, welche Bedeutung das Energiekonzept des Klinikums am Europakanal in Erlangen bei der Ausstellung des Förderbescheids hatte (bitte begründen), ob grundsätzlich bei der Förderungen durch den Freistaat Bayern beim Bauen von neuen Gebäuden (z. B. Krankenhäusern) ein nachhaltiges Energiekonzept, das nicht auf fossilen Energieträgern beruht, eine Förderungsvoraussetzung ist (bitte begründen) und falls nein, ob dies im Einklang mit der aktuellen Zielsetzung der Bundesregierung, bei Bau- und Sanierungsmaßnahmen soweit wie möglich auf fossile Energieträger zu verzichten und mit den Maßnahmen zum Klimaschutz steht (bitte begründen)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wann im Rahmen des Heimatspiegels 2022 die Pflanzung der Bäume für die Umfragebeteiligung erfolgen soll, wo diese Bäume gepflanzt werden sollen (bitte alle Standorte nennen) und inwieweit die Öffentlichkeit in die Pflanzung der Bäume einbezogen wird?

Annette Karl
(SPD)

Da sie im Kabinettsbericht von 26. April 2022 ankündigte, Stellen im Bereich der Genehmigungsbehörden aufstocken zu wollen, frage ich die Staatsregierung, ob bereits neue Stellen im Bereich der Landesregulierungsbehörde aufgestockt worden sind (bitte Anzahl der geplanten neuen Stellen angeben, unter Angabe der bereits vorhandenen Stellen), wie viele Haushaltsmittel hier zur Verfügung stehen und wann mit einem Arbeitsbeginn des neuen Personals zu rechnen ist?

Christian Klingen

Da aus den Medien zu entnehmen ist, dass die Affenpocken auch bei Personen aus dem Freistaat Bayern diagnostiziert wurden, welche anscheinend nur bei bestimmten Personengruppen Verbreitung findet, frage ich die Staatsregierung, warum zur besonderen Vorsicht nur bei Männern, die sexuellen Kontakt mit Männern hatten, gewarnt wird, ob deshalb Männer, die sexuellen Kontakt mit Frauen haben, nicht gefährdet sind und welche Maßnahmen für den Freistaat Bayern geplant sind, die Verbreitung der Affenpocken zu stoppen bzw. zu minimieren?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Tonnen CO₂ (in Mio.) jährlich durch Biokraftstoffe in Bayern eingespart werden, wie viel Hektar Fläche in Bayern für Anbaubiomasse beansprucht werden und in welcher Menge Sojafuttermittel für Bayern durch Biokraftstoffe reduziert werden?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe seit Beginn des Ukraine-Kriegs bis heute Haushaltsmittel jeweils für Integration, Beratung und Betreuung Geflüchteter aus der Ukraine an Kommunen und Träger der Freien Wohlfahrtspflege gezahlt oder zugesagt worden sind, aus welchen Haushaltstiteln jeweils die Finanzierung erfolgte und in welcher Höhe in diesen Titeln weitere Mittel für das Jahr 2022 zur Verfügung stehen?

Natascha Kohnen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob die BayernHeim aktuell und zukünftig weiterhin versucht, bereits bestehende oder im Bau befindliche Wohnungen durch Ankauf in ihren Bestand zu holen (falls ja, bitte Angabe der konkreten laufenden Fälle), ob die BayernHeim beim Kauf von solchen Immobilienprojekten oder beim Kauf von Grundstücken dabei als Konkurrent zu kommunalen oder gemeinwohlorientierten Wohnungsunternehmen auftritt (falls ja, bitte Angabe der konkreten Fälle und des Ergebnisses) und ob sie gerade durch ein Gutachten prüfen lässt, ob und inwiefern die bestehenden staatlichen Wohnungsgesellschaften zusammengelegt werden können bzw. eine strukturelle Veränderung für eine bessere Zusammenarbeit geschaffen werden kann?

Sebastian Körber
(FDP)

Nachdem die Staatsregierung den zugesagten Abgabetermin für eine Stellungnahme an den Obersten Rechnungshof in der Prüfungsangelegenheit „Deutsches Museum Nürnberg“ sowohl am 31.03.2022 als auch am 15.04.2022 nicht einhalten konnte, frage ich die Staatsregierung, bis wann sie die offenen Fragen beantworten wird (bitte hierzu um Darlegung der Gründe, die eine verspätete Antwort erklären), ob sie die Kritik des Abgeordneten Ernst Weidenbusch in der Plenardebatte zum Deutschen Museum in Nürnberg (vgl. Aussage gemäß SZ, 12.05.2022: „ohnehin arbeiteten die Rechnungsprüfer „mit Methode“ und sollten sich „schämen, für das was man sich da geleistet hat““) teilt und ob das wiederholte Verstreichen einer Abgabefrist einer Stellungnahme gegenüber dem Obersten Rechnungshof die Regel darstellt (bitte um Darlegung des Datums und des Sachgegenstands des letztbekanntesten Falls, bei dem ebenso zwei Abgabetermine bzw. Fristen nicht eingehalten wurden)?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie dazu steht, Ombudspersonen bspw. für Angehörigen-Sprechstunden in den Einrichtungen zu etablieren, um präventiv mögliche Missstände, fehlendes Personal etc. ansprechen zu können, wie sie dazu steht, Ombudspersonen gesetzlich im Pflege- und Wohnqualitätsgesetz zu verankern und wie Ombudspersonen die Einrichtungen nach Ansicht der Staatsregierung entlasten können?

Sanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Investitionsvorhaben (bitte mit Auflistung der Maßnahmen und Höhe der geplanten/zugewiesenen Mittel) vonseiten der Staatsregierung zur bauliche Neuausrichtung innerhalb der KFZ-Verwahrstelle Thomas-Hauser-Straße in Planung sind, inwiefern diese mit einer Verlegung ebendieser zur Gewährleistung einer anwohnerfreundlichen Trassenvariante der Truderinger Kurve vereinbar sind und wer die konkreten Nutzeranforderungen, bezugnehmend auf Drs. 18/22487, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer zeitnahen Entscheidungsgrundlage über das Ersatzgrundstück festlegt?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Summe der Freistaat zusätzlich rechnen muss, um den Impfstoff Valneva und Novavax zur Verfügung zu stellen, ob sie Kenntnis darüber hat, dass eine Booster-Kombination mit Valneva und Novavax nach neusten Studien keine Empfehlung ist und ob sie Kenntnis darüber hat, wie viele Bürgerinnen und Bürger den Impfstoff Valneva und Novavax schon erhalten haben (bitte nach Landkreisen, Alter und Geschlecht auflisten)?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sich die linksextremistische Gruppierung „Kollektiv.26 Autonome Gruppe Ulm“ auf ihrer eigenen Homepage selbst als „radikale linke Gruppe“ bezeichnet, vom baden-württembergische Innenministerium als extremistisch eingestuft wird (vgl. Drs. 16/1220 des Landtags Baden-Württemberg) und Aktivitäten auch im bayerischen Neu-Ulm entfaltet¹ frage ich die Staatsregierung, ob sie Kenntnis davon hat, dass die Gruppierung „Kollektiv.26 Autonome Gruppe Ulm“ von einer Verfassungsschutzbehörde beobachtet wird, ob sie die Einschätzung der baden-württembergischen Landesregierung teilt, nach der die Gruppierung als „linksextremistisch“ einzustufen sei, und welche Erkenntnisse sie darüber hinaus über die besagte Antifa-Gruppierung hat?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen hat oder wird sie auf Landes- und Bundesebene zur Unterstützung der bayerischen Logistik- und Speditionsbranche (insbesondere in Bezug auf die Kosten für Gewerbediesel) durchgeführt bzw. durchführen, welche Maßnahmen hat oder wird sie auf Landes- und Bundesebene zur Linderung des Fachkräftemangels in der bayerischen Logistik- und Speditionsbranche durchgeführt bzw. durchführen und welche Maßnahmen hat oder wird sie auf Landes- und Bundesebene zur Vermeidung kritischer Versorgungsengpässe bei Lebensmitteln, Erdgas, Rohöl, Benzin, Diesel und Düngemittel für Herbst 2022 und Winter 2022/2023 durchgeführt bzw. durchführen (bitte nach Möglichkeit alle Antworten stichpunktartig auflisten)?

¹ vgl. z. B. <https://de.indymedia.org/node/152085>

Helmut Markwort
(FDP)

Im Rahmen der Umweltministerkonferenz hat sich Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber für ein befristetes Tempolimit auf deutschen Autobahnen ausgesprochen, weswegen ich die Staatsregierung frage, ob sie ein befristetes Tempolimit auf deutschen Autobahnen unterstützt bzw. gutheißt, welche Gründe den Ausschlag gaben, dass Staatsminister Thorsten Glauber für ein befristetes Tempolimit votiert hat und welchen Nutzen sich sie von einem etwaigen befristeten Tempolimit erhofft (bitte unter Angaben von wissenschaftlichen Studien, Erkenntnissen etc.)?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem im Zuge der Anpassung der Wohnraumförderungsbestimmungen 2022 der objektabhängige Darlehensanteil je Quadratmeter Wohnfläche in der einkommensorientierten Förderung (EOF) von bisher 50 auf 25 Prozent der Kostenobergrenze halbiert wurde, was die Gründe hierfür sind, inwiefern die Kürzung ausgeglichen wird und ob dadurch die Verbesserung durch erhöhte Zuschüsse nicht konterkariert wird?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem die Regelungen zur Umsetzung des Volksbegehrens „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern – Rettet die Bienen“ mit dem Anspruch am 1. August 2019 in Kraft getreten sind, den Artenschwund auch durch eine effektivere Beratung zu stoppen, frage ich die Staatsregierung, wie viele Biodiversitätsberaterinnen und Biodiversitätsberater bisher in den Landratsämtern eingestellt wurden (bitte Angabe nach den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten), wie viele Verwaltungsstellen dem Fachpersonal hierfür jeweils zugeordnet wurden (bitte Angabe nach den jeweiligen Landkreisen und kreisfreien Städten) und bis wann es vorgesehen ist, weitere Biodiversitätsberaterinnen und Biodiversitätsberater einzustellen und zugeordnete Verwaltungsstellen zu schaffen?

Alexander Muthmann
(FDP)

Im Zusammenhang mit der Aufforderung an die Eigentümerinnen und Eigentümer von Grundstücken in Bayern, eine Grundsteuererklärung abzugeben, frage ich die Staatsregierung, welche der dort abgefragten Informationen nicht bereits in irgendeiner Form – z. B. innerhalb von eingereichten Bauplänen – bei staatlichen Einrichtungen vorliegen (bitte Auflistung dieser Daten unter Nennung der laufenden Nummer in den Vordrucken zur Grundsteuererklärung und unter Angabe einer möglichen Verfügbarkeit dieser Daten bei kommunalen Einrichtungen), inwiefern es möglich wäre, die bereits vorliegenden Daten von Amts wegen oder zumindest nach Zustimmung der Eigentümer zu erheben (bitte unter Nennung von ggf. entgegenstehenden Gründen und rechtlichen Bedenken) und inwiefern es nach Einschätzung der Staatsregierung hierdurch möglich gewesen wäre, den Arbeitsaufwand und die hieraus entstehenden Bürokratiekosten für die Bevölkerung zu reduzieren?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich das Veranstaltungskonzept zum Staatsempfang anlässlich der Bayreuther Festspiele am 25.07.2022 gestaltet (insb. Ort, Zeit, Ablauf, Sicherheitskonzept, voraussichtliche Kosten), aus welchen Gründen es zu Änderungen des Veranstaltungskonzeptes im Vergleich zu den Jahren bis 2019 kam und wie die Künstlerinnen bzw. Künstler der Bayreuther Festspiele in das Programm eingebunden werden?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf angesichts ihrer Aussage im Sozialausschuss, die Qualifikationsstandards und Anforderungen an Kitafachkräfte herunterzuschrauben, in die Wege leitet, um mittel- und langfristig gegen den Fachkräftemangel in den Kitas anzukämpfen (bitte mit Auflistung der angedachten Maßnahmen), wie sich diese Maßnahmen mit der notwendigen Qualitätssteigerung in den bayerischen Kindertageseinrichtungen vertragen und welche Zeitschiene für Diskussionen zu diesen geplanten Maßnahmen und die Umsetzung dieser die Ministerin ins Auge gefasst hat?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe sie die chinesischen Konfuzius-Institute in Bayern in den Jahren 2020 und 2021 gefördert hat (bitte nach Jahren, Finanzmitteln und Instituten aufgeschlüsselt angeben), wie hoch sich die konkreten Kosten für die Finanzierung von Personalstellen in den Jahren 2020 und 2021 pro Jahr belaufen (bitte nach Jahren, Finanzmitteln und Instituten aufgeschlüsselt angeben) und in welcher Höhe sie beabsichtigt, die chinesischen Konfuzius-Institute in den Jahren 2022 ff. zu fördern (bitte nach Jahren, Finanzmitteln und Instituten aufgeschlüsselt angeben)?

Florian Ritter
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass es derzeit vermehrt zu Abschiebungen von Personen in den Irak kommt, dass auch Menschen abgeschoben werden, bei denen kein Ausweisungsinteresse gem. § 54 Aufenthaltsgesetz vorliegt und die zum Teil auch zum christlichen Glauben konvertiert sind (sog. Konvertiten) frage ich die Staatsregierung, ob Abschiebungen in den Irak derzeit ausgesetzt sind bzw. perspektivisch ausgesetzt werden sollen, inwiefern eine mögliche Aussetzung von Abschiebungen in den Irak für straffällige/nicht straffällige Menschen und Konvertiten gilt und wie viele Personen in den Irak seit 01.01.2022 abgeschoben wurden (bitte differenziert nach (Nicht-)Straffälligkeit sowie nach Konvertiten angeben)?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge zur Kinderwunschbehandlung der Freistaat von verschiedengeschlechtlichen, gleichgeschlechtlichen oder diversen (Ehe-)Paaren und Alleinstehenden seit Beginn des Förderprogramms erhalten hat, vor welchem Hintergrund diese Gruppen aktuell als Zuwendungsempfänger in der Richtlinie nicht berücksichtigt sind und inwiefern sie dies zu ändern plant?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen mit rechtsradikalem oder rechtsextremistischem Hintergrund einschließlich sog. Reichsbürger und Selbstverwalter nach Kenntnis der Staatsregierung seit 2018 als ehrenamtliche Richterinnen bzw. Richter (Schöffen) an Gerichten in Bayern tätig waren (bitte das jeweilige Gericht mit angeben), welche Kenntnisse sie von rechtsradikalen und rechtsextremistischen Gruppen und Parteien, die ihre Anhängerinnen und Anhänger zur Kandidatur als Schöffin oder Schöffe bei den Schöffenwahlen 2018 und 2023 aufgerufen haben, hat und wie sie mit Blick auf die Schöffenwahl im Frühjahr 2023 dafür Sorge tragen wird, dass keine Anhängerinnen und Anhänger rechtsradikaler und rechtsextremistischer Gruppen und Parteien einschließlich sog. Reichsbürger und Selbstverwalter ins Schöffenamt in Bayern gewählt werden?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele OP-Masken/MNS und KN95-Masken aus den Lieferungen des Passauer Unternehmens F&E Protective an welche Einrichtungen im Stadtgebiet Augsburg sowie im Landkreis Unterallgäu (bitte Einrichtungen auflisten) geliefert wurden und wie viele hiervon zurückgerufen werden konnten (bitte nach Einrichtungen aufschlüsseln)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe seit Beginn des Ukraine-Kriegs bis heute Haushaltsmittel jeweils für Verteilung und Unterbringung Geflüchteter aus der Ukraine verwendet und Kommunen gezahlt oder zugesagt worden sind, aus welchen Haushaltstiteln jeweils die Finanzierung erfolgte und in welcher Höhe in diesen Titeln weitere Mittel für das Jahr 2022 zur Verfügung stehen?

Stefan Schuster
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass Deutschland nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) zwischen 2018 und 2020 7 806 unbegleitete minderjährige Ausländerinnen bzw. Ausländer (UMA) als vermisst gemeldet hatte, wovon immer noch Hunderte UMA als vermisst gelten (vgl. Artikel von rbb vom 18.04.2021), und dass auch zum Beispiel in Österreich zahlreiche Kinder und Jugendliche Opfer von Kinderhandel, Kinderprostitution oder Drogenkriminalität werden (vgl. Artikel vom ORF vom 09.05.2022), frage ich die Staatsregierung, wie viele UMA in Bayern seit dem 1. Januar 2021 für die Behörden nicht mehr auffindbar sind (bitte aufgeschlüsselt nach Alter, Geschlecht, Herkunftsland und Regierungsbezirk angeben), wie der Schutz von UMA derzeit und zukünftig in Bayern sichergestellt wird und ob eine Reform der Kinder- und Jugendhilfe für UMA angestrebt wird, um den Schutz der Betroffenen in Bayern zu verbessern?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Masken unter Vermittlung der hessischen Textilfirma Lomotex in den Regierungsbezirk Oberpfalz gelangt sind (bitte nach Landkreisen aufschlüsseln), wann diese ausgeliefert wurden und ob aus dem Lomotex-Masken-Bestand auch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus und damit bayerische Schulen versorgt wurden?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob für die Ortsumfahrung Chieming St 2096 mittels Raumempfindlichkeitsanalyse überprüft wurde, ob es konfliktarme Korridore gibt, warum für die Ortsumfahrung Chieming eine Umweltverträglichkeitsstudie und Kartierung in Auftrag gegeben wird, obwohl die Ortsumfahrung lediglich im 1R Bedarf des 7. Ausbauplans für Staatstraßen aufgeführt ist und wie die zeitlichen und budgetären Planungen für Umweltverträglichkeitsprüfung und Kartierung sind?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele OP-Masken/MNS und KN95-Masken aus den Lieferungen des Passauer Unternehmens F&E Protective an welche Einrichtungen in München (Stadt, Kliniken, Justizvollzugsanstalten usw.) geliefert wurden und wie viele hiervon zurückgerufen werden konnten?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bezieher von russischer Rente der Staatsregierung insgesamt bekannt sind (bitte um Auflistung nach Regierungsbezirken), in wie vielen Fällen in Bayern die russische Rente bei der Auszahlung von Sozialleistungen derzeit noch immer angerechnet wird, obwohl die Betroffenen aufgrund westlicher Sanktionen keinen Zugriff auf ihre in der russischen Föderation geführten Konten von Deutschland aus haben (Bankkarte/Visakarte funktioniert aufgrund von Sanktionen nicht) und warum die Sozialleistungen bei Beziehern von russischer Rente immer noch angerechnet werden, obwohl diesen gleichzeitig die Möglichkeit des Zugriffs auf ihre russische Rente durch die Sanktionen genommen wurde?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern andere Staatsministerien bzw. Behörden des Landes, abgesehen vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK), bei der Erstellung der Ausschreibung des StMUK 2020/S 248-617940 beratend tätig waren (bitte ggf. auch auf Beratungen eingehen, die das StMUK generell bezüglich Sicherheitskriterien bei der Auswahl eines Web-CMS erhalten bzw. angefragt hat), wie das Landesamt für Sicherheit (LSI) bzw. das Staatsministerium für Digitales die Aussage des StMUK aus der Anfrage des Abgeordneten Martin Hagen zum Plenum am 26.04.2022, dass „Security by Obscurity“ einen „stützenden, zusätzlichen Vorteil“ „in der betreffenden Ausschreibung“ ausmacht, fachlich einschätzt und inwiefern das LSI dazu rät, „Security by Obscurity“ generell als Auswahlkriterium bei Software-Ausschreibungen anzuwenden?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

In Bezug auf die Möglichkeit für Kommunen, wirksam vor Ort gegen Lärmbelästigung durch Autoposing vorzugehen, frage ich die Staatsregierung, welche rechtlichen Handhabungen derzeit bayerischen Kommunen zur Verfügung stehen und ob eine kommunale Rechtssetzung in Bayern ähnlich wie in Düsseldorf möglich ist, wo vor kurzem ein örtliches, gestaffeltes Bußgeld gegen Autoposing eingeführt wurde (bitte auch ggf. auf Empfehlungen der Staatsregierung eingehen, die die Staatsregierung den Kommunen in Bayern in Bezug auf dieses Problem empfiehlt)?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob von ihr – im Rahmen der Rechtsaufsicht über kreisfreie Gemeinden – Maßnahmen ergriffen wurden, um zu prüfen, ob die Übertragung von ca. 4 933 Überstunden des früheren Mitarbeiters und heutigen Baureferenten der Stadt Augsburg, [REDACTED], aus der Zeit von 1994 bis 2008 auf ein zum 01.01.2012 eingeführtes Langzeitkonto für Zeitguthaben rechtmäßig erfolgt ist, ob bei der Übertragung der genannten Überstunden auf das Langzeitkonto vonseiten der Stadt Augsburg auf die Erhebung eines möglichen Verjährungseinwands verzichtet und damit gegen das Gebot der Haushaltssparsamkeit verstoßen wurde und ob die Auszahlung eines Betrages von ca. 230.000 Euro zur Abgeltung von 4 933 Überstunden aus einem bereits 2008 gem. Art 10 Abs. 1 Kommunal-Wahlbeamten-Gesetz (KWBG) erloschenen Arbeitsverhältnis an einen Beamten auf Zeit (Art. 10 Abs. 1 KWBG) rechtmäßig ist und insbesondere nicht gegen die Grundsätze der Beamtenbesoldung (etwa Art 61 Bayerisches Besoldungsgesetz – BayBesG, Art. 45 ff. KWBG) und/oder die Dienstvereinbarung der Stadt Augsburg „Flexible Arbeitszeit II“, die am 01.01.2012 in Kraft getreten ist, verstößt?

Ralf Stadler
(AfD)

Die Koalitionsfraktionen haben sich in ihrem Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, die Anbindehaltung in spätestens zehn Jahren zu beenden, offen bleibt, ob diese Forderung nur die ganzjährige Anbindehaltung betrifft oder ob auch die Kombinationshaltung betroffen ist, weshalb ich die Staatsregierung hierzu frage, wie diese Forderungen in Einklang zu bringen sind mit der Sicherung der Existenz der betroffenen Milchviehbetriebe, ob sie einen konkreten Termin für den geplanten Ausstieg aus der Anbindehaltung benennen kann und wie sie die unterschiedlichen Formen der Anbindehaltung, hier konkret die Kombinationshaltung, definiert?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Beanstandungsquoten, die sich in den vergangenen fünf Jahren aus Tierschutzkontrollen in gewerblichen Tierhaltungen in Bayern ergaben, waren (bitte nach Tierarten aufgliedern), wie viele Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen § 17 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) es im genannten Zeitraum gab und welche Anzahl an Verurteilungen wegen Verstoßes gegen § 17 TierSchG es in ebendiesem Zeitraum gab (Strafmaß bitte angeben)?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung die Schule ohne Abschluss verlassen (bitte gegliedert nach Schularten angeben) und keine Berufsausbildung abschließen (bitte Angabe der Zahlen von 2011 und von 2021)?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob der Freistaat weiterhin versucht, Erbschaftssteuer vom thailändischen König Maha Vajiralongkorn bzw. Rama X. zu erheben, ob auch die Erhebung der Zweitwohnungssteuer weiter verfolgt wird und welche Schritte dazu in beiden Angelegenheiten bisher unternommen wurden?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Form sie die Austragung der Makkabi WinterGames in Ruhpolding 2023 unterstützt, welche Gründe Stand jetzt gegen eine Kostenbeteiligung durch den Freistaat sprechen und wie sie die Aussage des Antisemitismusbeauftragten Ludwig Spaenle (CSU) bewertet, der offen für eine Finanzhilfe aus Staatsmitteln wirbt?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie die im März dieses Jahres eingerichtete Anlaufstelle Pflege-SOS Bayern personell ausgestattet ist (Anzahl Vollzeitäquivalent und Qualifikation), ob sie plant, die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Anlaufstelle und die Dauer der Sprechzeiten auszudehnen und in welcher Form die Bearbeitung der weitergeleiteten Beschwerden nachverfolgt wird?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass es auch im Denkmalbereich viele Eigentümerinnen bzw. Eigentümer gibt, die mehr für den Klimaschutz und die Energieunabhängigkeit tun möchten, aber für eine herkömmliche PV-Anlage keine denkmalrechtliche Genehmigung bekommen, frage ich die Staatsregierung, ob die Installation teurerer, denkmalverträglicher PV-Anlagen unter den sog. „denkmalpflegerischen Mehraufwand“ fällt, falls ja, wie der Mehraufwand berechnet wird und wie oft ein solcher Mehraufwand schon gefördert wurde?

Margit Wild
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe den bayerischen Schulen im laufenden Jahr Mittel für Klassenfahrten zur Verfügung stehen, ob damit (insbesondere im Vergleich mit den Ist-Zahlen der vergangenen Jahre) voraussichtlich der Bedarf gedeckt werden kann und wie das Antragsverfahren im Einzelnen ist, um die Mittel abzurufen?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern bayerische Landwirte von den Auswirkungen der derzeitigen Inflation hinsichtlich des Anbaus von Erdbeeren und Spargel betroffen sind, ob der Staatsregierung auch Fälle in Bayern bekannt sind, in denen aus Protest erntereife Felder abgemäht wurden und wie sie die Inflationenwirkungen für bayerische Erdbeer- und Spargelbauern abmildern will?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche touristischen Projekte die 2018 geschaffene Außenstelle von „Invest in Bavaria“ in Hof seit ihrer Gründung akquiriert hat (Auflistung bitte unter Angabe des Standortes, Art des Projektes und Jahr der Ansiedlung) bzw. welche Ansiedlungen sich in Planung befinden und welche davon sie als die in der Neuen Tourismusoffensive (Fassung von 2019) genannten „Leuchtturmprojekte“ oder „Ankervorhaben“ für hochwertigen Tourismus ansieht (bitte auch Kriterien gibt es für die Bestimmung solcher Leuchtturmprojekte angeben)?